

# „Energieautarkie ist eine Illusion“

**Klimaschutz.** Die „Fridays For Future“-Bewegung bekommt Unterstützung von den „CEOs For Future“. Im Gespräch mit Vertretern zeigt sich, was die Fehler der Vergangenheit und die Chancen für die Zukunft sind

VON D. DAUER UND B. GAUL

Der Bericht des Weltklimarates vor drei Wochen hat einmal mehr die Dringlichkeit für den Klimaschutz aufgezeigt. Ein wesentlicher Faktor ist die weltweite Bewegung der „Fridays For Future“, die zahlreiche andere Akteure bewegt hat, sich ebenfalls klar zu positionieren. Wie etwa die „CEOs For Future“. Der KURIER bat Michael Spiekermann von den „Fridays“ und den ehemaligen CEO des Verbund-Konzerns und Vertreter der „CEOs For Future“-Vertreter, Wolfgang Anzengruber, zum Gespräch.

**KURIER:** Der Krieg in der Ukraine führt uns unsere Abhängigkeit von fossilen Energieträgern aus Russland vor Augen. Sind wir in der Falle?  
**Wolfgang Anzengruber:** Was in der Ukraine passiert, ist leider das Schlimmste, was uns in Europa politisch passieren konnte. Wir haben eine große Abhängigkeit von Russland, insbesondere beim Gasimport. Kurzfristig brauchen wir da eine Diversifikation. Und es war ein Fehler, dass Österreich seine Gas-Speicher zu einem großen Teil aus der Hand gegeben hat, da halten russische Unternehmen die Mehrheit.

*„Die Wirtschaftskammer wäre ein wichtiger Stakeholder. Wie sie sich derzeit benimmt, ist sie kein Teil der Lösung“*

**Michael Spiekermann  
Fridays for Future**

**Michael Spiekermann:** Es ist aber auch ein falsches Zeichen, wenn im Jahr 2022 Landesenergieversorger beispielsweise Fördervergünstigungen für den Einbau von Gasthermen geben. Gerade jetzt, bei den Verhandlungen zum Erneuerbaren Wärme-gesetz, wäre ein klares Bekenntnis der ÖVP zum Ausstieg aus Gasheizungen wichtig. Wir schmälern so unsere Abhängigkeit.

**Anzengruber:** Ja, hätten wir heute schon ein größeres Ausmaß an Erneuerbaren Energien, wäre die Abhängigkeit geringer. Aber eine Abhängigkeit von importierten Energieträgern wird es auch in Zukunft geben.

**Sie meinen Wasserstoff?**

**Anzengruber:** Auch. Wasserstoff ist ein wesentlicher Baustein, er könnte viel beitragen, etwa in der Stahlindustrie, wo wir keine anderen Substitutionsmöglichkeiten kennen. Die Lösung wird sein, Wasserstoff selber herzustellen, Wasserstoff und erneuerbaren Strom zu importieren, um Wasserstoff herzustellen. Die Autarkie in Energiefragen ist aus meiner Sicht für Österreich aber eine Illusion.

**Warum waren wir nicht schneller beim Ausbau?**

**Anzengruber:** Es gibt Engpässe an Gutachtern, um die Verfahren in der Zeit zu bewältigen. Die Ressourcen müssen



EFF. MANGIONE

Michael Spiekermann von den „Fridays“ und Wolfgang Anzengruber von den „CEOs“

## Zur Person

**Michael Spiekermann**  
Der Klimaaktivist engagiert sich bei den Fridays For Future. Er studiert Umweltmanagement an der BOKU Wien und war unter anderem Jugenddelegierter bei der Klimakonferenz 2021 in Glasgow

**Fridays For Future**  
ist eine globale Bewegung ausgehend von Schülern und Studierenden, welche sich für umfassenden und effizienten Klimaschutz einsetzt



EFF. MANGIONE

*„Auch wenn die EU Atomkraft als ‚grünes Investment‘ einstuft, wird sie noch lange nicht wirtschaftlich“*

**Wolfgang Anzengruber  
ehemals Vorstand VERBUND**

**Auch die CEOs For Future sind für das 1,5°-Ziel?**

**Anzengruber:** Dieses Ziel kommt ja aus der Wirtschaft. Ökonomen haben simuliert, dass 1,5 °C das Maximum an Erwärmung wäre, ohne einen massiven Wohlstandsverlust zu erleiden.

**Fakt ist, dass wir seit 30 Jahren wissen, dass wir raus aus Öl und Gas müssen, wir sind aber am Stand wie 1990.**

**Anzengruber:** Die Industrie hat CO<sub>2</sub> reduziert, was wir's verfrühstückt? Die Mobilität. In Summe ist nichts passiert. Deshalb brauchen wir für die einzelnen Sektoren unterschiedliche Wegweiser und Budgets. Die Zeit ist knapp.

**Herr Spiekermann, macht Sie das nicht wütend?**

**Spiekermann:** Ich hoffe, dass sich auch die CEOs bei der Politik einmischen und rasche Klimapolitik einfordern, vor allem dort, wo blockiert wird. Bei der Wirtschaftskammer sieht man aus meiner Sicht, dass sie den Klimaschutz blockieren. Dieses Spiel haben wir seit 30 Jahren. Dabei gibt es extrem viele Möglichkeiten für Klimaschutz. Die Frage ist nur, wie wichtig es der Politik ist, diese umzusetzen. Jeden Tag sieht man auf's Neue, dass die Lösungen am Tisch liegen. Aber der politische Wille fehlt oder sie werden von bestimmten Parteien blockiert.

## Regierung präsentiert heute Maßnahmen gegen hohe Energiepreise

Minister Brunner und Ministerin Gewessler präsentieren Entlastungspaket

**Fossile Teuerung.** Schon heute, Sonntag, wird die Bundesregierung, konkret Finanzminister Magnus Brunner und Energie- und Klimaministerin Leonore Gewessler, ein weiteres Paket zur Entlastung von Wirtschaft und Bürgern angesichts der hohen Energiepreise vorlegen. Es soll einerseits die Teuerung abfedern, andererseits die Abhängigkeit von Energieimporten senken. Die simpelste Lösung, die Steuern und Abgaben auf fossile Brennstoffe zu senken, soll dem Vernehmen nach

nicht angestrebt werden. Ganz so, wie das von den Forschern des WIFO durchaus vehement gefordert wurde.

Bis zuletzt verhandelten die Koalitionsparteien, wie entlastet werden soll. Die Volkspartei präferierte eine Senkung der MÖSt (pro Liter Diesel liegt diese bei 39,7 Cent und für Benzin bei 48,2 Cent), auch im Hinblick auf die Landtagswahlen 2023 in Niederösterreich, Tirol, Kärnten und Salzburg. Die Grünen wollen das nicht, und argumentieren, dass eine

Abgabensenkung nur den Druck von Ölkonzernen nehmen würde, die Preise zu senken, zudem fördere es den Tanktourismus und bevorzuge die Besitzer spritfressender SUV. Stattdessen haben sie unter anderem eine höhere Pendlerpauschale und ein höheres Kilometergeld vorgeschlagen, was aus grüner Sicht gezielt jenen helfe, die aufs Auto angewiesen sind. Möglich seien aber auch Förderungen für die aktuellen Zufallsgewinne (windfall-profits).

Es hadern aber auch die Nachbarstaaten, wie entlastet werden soll: Der liberale deutsche Finanzminister Lindner hat einen „Krisenrabatt Kraftstoff“ vorgeschlagen in Höhe von 30 bis 40 Cent. Und in Italien will Premier Draghi eine Sondergewinnsteuer für Energiekonzerne auf die aktuellen Zufallsgewinne (windfall-profits).

D. KITTNER, B. GAUL